

1945, und es ist eine Rückkehr zu spezifischen Traditionen unserer Geschichte. Deutschland war stets ein Reich, ein Bundesstaat oder Staatenbund, kurzum ein föderalistisches Gebilde. Zentralistische Perioden sind untypisch für unsere Geschichte. Dementsprechend war die Zentralgewalt in Deutschland immer schwächer als in anderen Staaten (zumindest in der Neuzeit): neben der Hauptstadt standen andere Zentren, und keine Stadt repräsentierte auf längere Zeit das ganze Deutschland – nicht politisch und schon gar nicht kulturell. Der Reichtum der Kultur in Deutschland zehrt bis heute vom landesherrlichen Mäzenatentum. Abseits der großen Städte gibt es viele kleine Residenzen mit eigenem Gesicht – mit Theatern, Konzertsälen, Archiven, Bibliotheken, Kunstsammlungen hohen Ranges. Wolfenbüttel, Meiningen, Hildburghausen, Weimar haben sich in Deutschland stets neben Frankfurt, Köln, Hamburg, Dresden, Leipzig, München behauptet. Region war in Deutschland nie Provinz.

Bleiben wird auch die Dominanz des Rechts im politischen Prozeß – wir erinnern uns, daß die Demokratiebewegung in der DDR auch mit dem Ruf nach unabhängigen Gerichten, nach Einführung einer Verfassungsge-

richtbarkeit begonnen hat. Hoheitliche Schutzzonen und Arkansphären wird es im künftigen Deutschland so wenig geben wie in der Bundesrepublik. Der Rechtsweg gegenüber Staatseingriffen wird überall offen sein. Staatliche Gewalt wird sich gegenüber dem Bürger rechtlich auszuweisen haben, der Rechtsschutz wird erweitert werden, die Grundrechte werden neue Bedeutung und konkrete Geltung erhalten.

Zurücktreten wird freilich etwas, was die Mentalität der Bundesrepublik gerade in den letzten beiden Jahrzehnten oft negativ gekennzeichnet hat: ein Gefühl der Beliebigkeit, des lässigen Umgangs mit der Freiheit, des Mangels an Verantwortungen und Aufgaben, des Rückzugs auf die eigene Selbstgenügsamkeit. Ein wenig Einigung gelingen soll. Manche Verkrustung wird sich auflösen müssen, wir werden beweglicher werden müssen und weniger bequem. Nationales Pathos braucht es zu einem solchen Aufbruch nicht. Aber die Kunst selbstsicherer Bescheidenheit wäre zu erlernen. Sie ist die sicherste Bürgschaft dafür, daß das vereinigte Deutschland seine Nachbarn nicht erschreckt, sondern sie durch Behutsamkeit und Rücksicht dauerhaft zu versöhnen weiß.

„Nur zögernd verlassen wir das Gefühl der sozialen Sicherheit“

Hans-Joachim Meyer über die Deutschen in der DDR

Ich will gestehen, daß ich mich doch mit einem gewissen Zögern diesem Thema genähert habe, ein Zögern, das sich in den letzten Tagen erheblich verstärkte. Als DDR-Deutscher über DDR-Mentalität zu sprechen heißt, preiszugeben, was man über sich weiß oder doch zu wissen glaubt und was man über andere denkt. Also, wenn man so will, eine Kombination von Selbstkritik und Kritik, wie es im DDR-Deutsch so schön hieß. Nun könnte ich dem Dilemma durchaus entgehen, indem ich die bisherige DDR-Gesellschaft in einigen Wesenszügen analysierte und aus diesen Daten den zu erwartenden Mentalitätseffekt deduzierte. Und in der Tat spricht einiges für dieses Vorgehen.

Ein Land, in dem die Einheit von Staat und Gesellschaftsordnung proklamiert wird – Walter Ulbricht bezeichnete die zweite, die sozialistische Verfassung der DDR als eine Staats- und Gesellschaftsverfassung –, eine Staats- und Gesellschaftsordnung überdies, die nach dem stalinistischen Modell konstruiert ist, die Partei sei der Motor, gegenüber dem alle anderen gesellschaftlichen Organisationen, ja selbst der Staat zum Transmissionsriemen degradiert sind, eine Staats- und Gesellschaftsordnung schließlich, die unter dem Monopol einer Ideologie steht, einer Ideologie, in der der Mensch primär als gesellschaftliches

Wesen definiert und damit der Gesellschaft zu- und untergeordnet wird, eine solche Staats- und Gesellschaftsordnung erzeugt mit Notwendigkeit politisches Desinteresse, zumindest als Bürger dieses Staates, und angepaßtes Verhalten.

„Über Nacht verloren die gesellschaftlichen Rituale ihre Kraft“

Ein Paradebeispiel dafür waren die in der DDR veranstalteten Wahlen. Diese vom System regelmäßig mit großem Aufwand inszenierten Kampagnen verfolgten den doppelten Zweck, sich selbst und der Umwelt einen Schein von Legitimität zu verschaffen und zugleich der Bevölkerung das reibungslose Funktionieren des Herrschaftsapparates zu demonstrieren. Solange die erdrückende Mehrheit der Deutschen in der DDR, wie ja auch in der Bundesrepublik, keine Chance sah, diesen Herrschaftsapparat ernsthaft zu stören oder gar zu gefährden, solange schickten sich die meisten in diese demütigende Prozedur als ein nicht oder nur unter großen Kosten zu vermeidendes Übel. Es war eines jener vielen Rituale gesellschaftlichen Verhaltens, die kaum jemand ernst nahm, auch nicht viele Teilhaber der Macht, die diese Rituale mit Bierernst be-

trieben. Rituale, die man aber hinnahm, wie auch andere Konventionen, deren Einhaltung nichts besagt und zu nichts verpflichtet, deren Verletzung aber fast als exzentrisch gilt. Wozu der Aufwand, wenn es doch niemand ernst nahm? Das Leben in der DDR war voll solcher Rituale, sie begannen zu zerbrechen, als Gorbatschow sich der Notwendigkeit einer fundamentalen Wende stellte und die Machthaber in der DDR in grotesker Fehleinschätzung ihrer realen Lage glaubten, sich von dieser Entwicklung abkoppeln zu können und dies auch noch lauthals bekundeten.

Die Kommunalwahlen des Jahres 1989 waren der erste Vorgang dieser Art seit Jahrzehnten, bei denen das Ritual zu versagen begann, weil – nicht die Mehrheit –, aber doch eine beträchtliche Minderheit von Wählern sich dazu entschlossen, die Farce ernst zu nehmen und also nicht mehr mitzuspielen.

Da war plötzlich so etwas wie ein wechselseitiges Einverständnis, den Herrschenden ein Schnippchen zu schlagen. Die Gespräche darüber waren so offen, daß es mir noch heute unerklärlich bleibt, wie die Partei- und Staatsführung so töricht sein konnte, dieser Stimmung nicht wenigstens in einigen Prozenten nachzugeben. Ich entsinne mich noch gut meiner Verblüffung, als ich das Wahllokal betrat. Während früher die Wahlkabine so gut wie unbenutzt in der Ecke stand und man nicht nur gegen die wachsamen Augen der Offiziellen im Wahllokal, sondern auch gegen das gleichgültig kopfschüttelnde „was soll's“ der anderen mit innerer Überwindung zur Wahlkabine ging, stand jetzt dort eine lange Schlange, um – meist mit einem mitgebrachten Schreibinstrument – die Namen der Kandidaten durchzustreichen.

Für Unvertraute mit dem ostdeutschen Wahlritual sei erklärend hinzugefügt: nach dem Willen der Machthaber bestand der Wahlakt im Falten des Zettels, der sodann in die Urne zu stecken war. Es war nicht einmal gesetzlich geregelt, wie man hätte gegen die Kandidaten der Nationalen Front stimmen können. Hinter mir sagte ein Erstwähler zu seiner Mutter, die eine Zolluniform trug: „ein paar Namen streiche ich auf jeden Fall durch“. Ihr war das sichtbar peinlich. Ich dachte im stillen, „reg dich nicht auf, Genossin, wenn er auch nur einen Namen stehen läßt, ist dies immer noch eine Stimme für die Nationale Front“. Und trotzdem, auch dieser Junge entzog sich dem Ritual. Heute wissen wir, der 6. Mai 1990 war der innere Anfang vom Ende, wohlgemerkt der innere Anfang, nicht der äußere, der notwendigerweise zuerst erfolgen mußte. Und dennoch: für den Zusammenbruch der SED-Herrschaft war das Ende des konventionalisierten Gesellschaftsspiels der entscheidende Schritt. Nichts will ich von dem wegnehmen, was in den folgenden Monaten geschah, nichts von der Ungewißheit und der Angst, nichts von den schlimmen Demütigungen des 6. und 7. Oktober und nichts von der Zerreißprobe des 9. Oktober in Leipzig, als offenbar wurde, daß eine chinesische Lösung nun nicht mehr möglich war. Dennoch scheint es im Rückblick unfaßbar, daß dieses sich als Zielpunkt der Ge-

schichte gerierende Regime fast widerstandslos zusammenbrach. Beinahe über Nacht verloren die gesellschaftlichen Rituale ihre Kraft, die Pseudodiskussionen und Pflichtversammlungen, die seit früher Kindheit eingeübten Verhaltensmuster, und die Menschen begannen sich zu fragen, warum sie dies solange hingenommen haben.

Wer heute die Aufgeregtheiten und Entladungen im politischen Leben der DDR beobachtet, die pathetische Vehemenz, mit der Forderungen erhoben und vertreten werden, die Erbitterung, mit der gelegentlich Dinge des politischen Alltags verhandelt werden, der sollte bedenken: dieser Mangel an Gelassenheit ist sicher auch einem Mangel an politischer Kultur geschuldet, aber wie mir scheint, auch einem übermächtigen Wunsch, sich von der peinlichen Erinnerung an die zahllosen Rituale zu befreien, an Rituale, die damals niemand ernst nahm, die heute aber in die Nähe der Duldung von ungerechter Gewalt und schamloser Gemeinheit zu rücken drohen. Und dies alles angesichts der penetranten Fragen aus diesem Teil Deutschlands, von so manchen, die heute vor einem Jahr in ihrer übergroßen Mehrheit sich zwar auch noch nicht vorstellen konnten, daß ein Dreivierteljahrhundert Gesellschaftsexperiment kurz vor dem Eingeständnis seines Scheiterns stand, die heute aber mit der ganzen Selbstgerechtigkeit der Satten und nie Versuchten sich zu Anklägern und Richtern in eins erheben. Noch vor einem Jahr wäre es als das erkannt worden, was es ist, nämlich als bornierte Anmaßung und Ehrabschneiderei, und dies leisten sich nicht nur ungebildete Winkeljournalisten, sondern auch Publizisten mit intellektuellem Anspruch, akademische Würdenträger, bei denen man annehmen sollte, schlichte Selbstachtung würde ihnen solche Auftritte verbieten.

„Es geht uns wie einem Erwachsenen, der erst im reifen Alter schwimmen lernen muß“

Es ist noch keine drei Jahre her, da wurden rote Teppiche ausgerollt in Bonn, hier in München und auch anderswo für einen hohen Staatsgast. Ich war dafür, damals und auch heute noch, denn wie vorauszusehen war: die Umstände des Ereignisses artikulierten mehr das Unnatürliche der deutschen Spaltung als die Normalität eines Staatsbesuches. Es hat in den letzten Jahren nicht wenige Stimmen gegeben in diesem Teil Deutschlands, die die Spaltung zur Normalität machen wollten, und so kann es nicht wundern, daß für manche das Ende der Spaltung als Gefahr der Normalität empfunden wird. Ich will es nicht leugnen: Normal im Sinne einer routinierten pluralistischen Gesellschaft sind wir im anderen Teil Deutschlands noch lange nicht und werden es auch noch lange nicht sein.

Das uniforme Gesellschaftsmodell leninistisch-stalinistischer Prägung hat kein Verständnis für gegliederte Kompetenzen und je eigene Verantwortlichkeiten aufkommen

lassen. Regeln des politischen Umgangs müssen erst noch gelernt werden.

Anstelle des dirigistischen Zentralismus tritt jetzt häufig der Wunsch nach basisdemokratischer Entscheidungsallmacht. Demokratie ist, wenn so lange diskutiert wird, bis ich recht behalte. Nur mühsam findet sich ein Weg vom Monolog zum Dialog oder gar zum Kompromiß und noch schwerer vom Schwung des Anfangs zur alltäglichen Verlässlichkeit. Wer solange die Wertlosigkeit von Phrasen erlebt hat, der hat wenig Hemmung, mit Begriffen zu operieren, deren Inhalt er nicht kennt. Über Nacht wird eine Schule zum Gymnasium und ein selbsternanntes ad-hoc-Gremium zum Personalrat. An den von der Berliner Zentrale vernachlässigten Städten und Dörfern der ins historische Abseits gedrängten Länder entzündet sich eine Mischung von bewegendem Heimatgefühl und regionalistischer Ideologie, die das Abgleiten zur Komik nicht immer vermeidet. Nur zögernd verlassen wir das Gefühl sozialer Sicherheit, das der paternalistische Staat vermittelte. Es ist wahr, dies war die miserable Sicherheit der ungleichen Verteilung des Mangels. Dennoch schien diese Gesellschaft die radikale Existenzgefährdung und das nicht mehr überschaubare Risiko – so man sich an die politischen Konventionen hielt – auszuschließen. Es war Staatsdoktrin, politische Unfreiheit durch das Gefühl sozialer Sicherheit zu kompensieren. Ein Gefühl der Sicherheit, das in Kombination mit der Mangelwirtschaft den Leistungswillen beeinträchtigte und einen großen Teil der Lebensenergie auf die trickreiche Ausgestaltung der eigenen Nische im Verein mit Freunden und Bekannten lenkte. Beide Facetten der DDR-Mentalität sind in der derzeitigen Phase des generellen Umbruchs der Arbeits- und Lebensumstände höchst bedeutsam.

Bisher war die Sicherheit des Arbeitsplatzes weder durch Mangel an Leistungswillen noch durch Mangel an Leistungsfähigkeit zu gefährden; nur politische Mißliebigkeit konnte das dichtgeknüpfte Netz sozialer Sicherheit jäh zerreißen lassen. Allerdings standen, besonders bei akademischen Berufen, die Arbeitsplätze nicht selten im deutlichen Mißverhältnis zu Qualifikation und Erwartungshaltung. Doch fügte sich das in das Bild allgemeiner Unzulänglichkeit ein. Es hob nicht die Grundbefindlichkeit auf, man könne faktisch nicht aus dem gesellschaftlichen Beschäftigungssystem herausfallen. Nicht umsonst ist diese Arbeitsplatzgarantie von der politischen Führung propagandistisch zum wichtigsten Menschenrecht hochstilisiert worden. Und so kann es nicht wundernehmen, daß die Angst vor der Arbeitslosigkeit in der sich auf die deutsche Einheit zubewegenden DDR eine beachtliche politische Dimension annimmt und von essentieller Bedeutung sein könnte. Denn dies ist der in Jahrzehnten mit allen Farben des Schreckens ausgemalte Alptraum jedes DDR-Deutschen: nicht langfristig planen zu können, sondern den Gefährnissen nichtkalkulierbarer Risiken ausgesetzt zu sein und diese dann nicht meistern zu können.

Es geht uns wie einem Erwachsenen, der erst im reifen Alter schwimmen lernen muß. Für viele bedeutet dies, daß

die Mühe vieler Jahre wertlos wird, weil die Arbeit nicht mehr gebraucht wird oder – was nicht das gleiche ist –, weil sie so in der bundesdeutschen Gesellschaft nicht vorgesehen ist. Die Deutschen in der DDR haben statt dessen eine andere Fähigkeit entwickelt, die ihnen jetzt zustatten kommen kann, und das ist eine unermüdliche Improvisations- und Anpassungsgabe, die sich auch durch widrige Umstände nicht beirren läßt. In diesen Umständen konnte im Grunde nur jemand bestehen, der über eine nicht zu kleine Zahl von Freunden und Kollegen verfügte, die nach dem Prinzip des wechselseitigen Vorteils Subökonomien und Minisolidargemeinschaften entwickelten, welche der DDR-Gesellschaft ihre gelegentlich gerühmte Intimität gaben. Auch wer nicht dem Marxschen Konzept von Basis und Überbau anhängt, kann nicht übersehen, daß es hier in der Tat die ökonomischen Verhältnisse, nämlich die Situation der Mangelwirtschaft waren, die eine Art von Solidarverhalten erzeugten. Ein Solidarverhalten, das sich übrigens durchaus mit den rüden Umgangsformen einer Drängel- und Anstellgesellschaft vertrug. Einer Gesellschaft also, die immer gewärtig sein mußte, daß die Schlange der Wartenden länger ist als das Angebot. Ich bin daher weit davon entfernt, die „Eine-Hand-wäscht-die-andere-Solidarität“ der DDR-Nischengesellschaft zu idealisieren. Etwas völlig anderes ist die Solidarität der politisch Verfolgten. Aber dies scheint mir nicht in eine Mentalitätsstudie zu gehören.

„Die Grunderfahrung, Bürger eines zweitklassigen Landes zu sein“

Bisher war fast alles deduzierbar oder zumindest erklärbar auf dem Hintergrund einer Staats- und Gesellschaftsordnung, die sich selbst als den real existierenden Sozialismus bezeichnete. Nur: die DDR existierte in Deutschland, auch wenn sie dies – wenn auch mit wechselnder Intensität – leugnete. Sie war der kleinere Staat, der vergeblich die Zwangsumstände seiner Zeugung und Geburt durch den Anspruch zu überdecken suchte, Vollender des historischen Fortschritts und Erbe aller progressiven Traditionen zu sein. Sie war angetreten, ganz Deutschland zu gewinnen, und strich dann selbst den Anspruch, ein Staat deutscher Nation zu sein aus ihrer Verfassung. Sie wollte die Bundesrepublik überholen, ohne sie einzuholen, und dies war nicht nur sprachlicher Unsinn, sondern vor allem wirtschaftlich leere Kraftprotzei, die nichts an der Tatsache ändern konnte, daß die Bundesrepublik mit jedem Jahr die DDR weiter hinter sich ließ. Nun wird man einwenden, ob nicht dies den Deutschen in der DDR herzlich gleichgültig hätte sein können, bestärkte es sie doch in ihrer Abneigung gegenüber dem System. Aber dies ist eine naive Lesebuch-Vorstellung. Zunächst einmal: Es gab Menschen, die bereit waren, sich für diesen Staat zu engagieren, und es waren nicht immer die Schlechtesten.

Brigitte Reimann hat in ihrem biographisch geprägten Roman „Franziska Linkerhand“ die Haltung jener jungen

Intellektuellen wiedergegeben, die von der Idee des Sozialismus fasziniert waren. Sie hatten ihre Hoffnungen in diesen Staat investiert, und wenn auch ihre Hoffnungen immer mehr zuschanden wurden, so hielten sie doch an dem Prinzip Hoffnung fest.

Vergessen wir auch niemals, daß unter denen, die die friedliche Wende herbeigeführt oder ermöglicht haben, nicht wenige waren, die ihre Kraft und ihren Mut aus dem Impuls erhielten, die Ideale einer besseren Menschenordnung aus der Pervertierung durch die etablierte Macht zu retten. Aber auch jene, die nie an den von Friedrich Engels proklamierten Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit geglaubt hatten, auch jene konnten sich nicht selbst zu bornierten Gehaltsempfängern degradieren, denen ihre Umwelt gleichgültig ist, zumal, wenn nach menschlichem Ermessen diese Umwelt ihr Schicksal und wohl auch das ihrer Kinder sein würde. Wer von ihnen kann denn mit gutem Gewissen aufstehen und sagen, er habe sich vor einem Jahr den heutigen Abend vorstellen können? Nein, wer aus welchem Grund auch immer sich dazu entschlossen hatte, die DDR als seinen Lebensraum anzunehmen – und ich bekenne mich auch noch heute zu diesem Entschluß –, der mußte, auch wenn er keinen Einfluß haben konnte, Weg und Gestalt der DDR als etwas empfinden, was ihn anging, und dieser Weg ging unaufhörlich bergab. Nur Narren lachen in einem untergehenden Schiff. Und man muß keine Sympathie für die Regierenden hegen, um deren gespreizte Lächerlichkeit und erschreckende Inkompetenz als peinlich und bedrückend zu empfinden. Dies war die Grunderfahrung der Deutschen in der DDR: Bürger eines zweitklassigen Landes zu sein, fast immer, wenn man einmal vom Sport absieht, die zweiten zu sein, die im Vergleich zu den Bürgern in der Bundesrepublik Ärmeren, weniger Erfahrenen und wenigstens bis zum Beweis des Gegenteils weniger Leistungsfähigen.

Dies ist der eigentliche Angelpunkt der DDR-Mentalität, sich als die Zurückgesetzten, Zukurzgekommenen zu fühlen, als solche, die bisher keine mit den Bundesdeut-

schen vergleichbare Chance gehabt haben, sich zu erproben und sich zu beweisen. Wer noch auf die Selbstbestätigung unter den von der Bundesrepublik vorgegebenen Standards warten muß, ermangelt der Selbstsicherheit, ist empfindlich gegenüber Zurücksetzung und empfänglich für Lob. „Ist es im Westen üblich, daß alle dem Redner anschließend sagen, wie vorzüglich er war?“ fragte mich meine Frau, als mich auf einer gesamtdeutschen Veranstaltung jeder vierte oder fünfte lobte. „Ich fürchte nein“, antwortete ich, „aber sie haben wohl Schlimmeres erwartet.“ Und als ich im September vorigen Jahres ein wenig zu sehr meine Erleichterung sehen ließ, als einer meiner Söhne aus Ungarn nach Hause zurückkehrte, fragte er mich entrüstet: „Du hast doch nicht etwa im Ernst geglaubt, ich wollte zeit meines Lebens im Westen ein ‚Ossi‘ sein.“

„Sie sollten sich nicht täuschen“

Sie mögen dies erheiternd finden – und dies ist auch meine Absicht –, aber Sie sollten sich nicht täuschen. Zusammen mit den Unwägbarkeiten des wirtschaftlichen Neuanfangs ist die in jahrzehntelangem deutsch-deutschem Vergleich, in einem Vergleich unter ungleichen Bedingungen gewachsene Empfindlichkeit der DDR-Deutschen, die sich stets und immer als die Zweitplatzierten erfuhren, bei allem wohl zu bedenken. Für die Zeit, die vor uns liegt, die Zeit der großen Angst und der großen Erwartung, ist dies eine Gefahr und eine Chance. Eine Gefahr, weil das Selbstvertrauen zu gering ist, und eine Chance, weil man sich endlich in seinen langgehegten Wünschen bestätigt sehen will. Wir DDR-Deutschen sind, wenn ich als Mann diesen gewagten Vergleich gebrauchen darf, wir sind wie Frauen, die berufliche Karriere machen wollen, stets in Sorge und auf der Hut vor Zurücksetzung und in innerer Spannung, es den anderen, die aus welchen Gründen auch immer die Nase vorn haben, gleichzutun, zumindest gleichzutun. Noch fehlt uns die Tugend der Gelassenheit.

Die Personalsituation der Kirche

Daten, Trends, Verlagerungen

Die nächste Weltbischofssynode, die am 30. September beginnt (vgl. ds. Heft, S. 307 u. 402), befaßt sich bekanntlich mit der Priesterausbildung. Sie wird sich dabei mit Sicherheit auch mit der Frage zu beschäftigen haben, wie angesichts der weiter sich öffnenden Schere zwischen Katholikenzahl und Priesterzahl künftig die Seelsorge gesichert werden kann. Hans Czarkowski gibt einen Aufriß der jüngsten statistischen Entwicklungen. Er schreibt damit frühere Berichte zur kirchlichen Personalsituation fort (vgl. HK, Oktober 1979, 518ff. u. Oktober 1985, 457ff.). Sein Fazit: Trotz teilweiser

Zunahme von Seminaristen und in geringem Umfange auch der Priesterzahlen verschärft sich das Problem, das durch vermehrten Einsatz von Laien in der Seelsorge nicht gelöst werden kann.

Bereits 1970 lebten 51,81 Prozent aller Katholiken in Afrika, Asien und Ozeanien (338,957 Millionen von 653,532 Millionen). Im Jahre 1987 waren es bereits 61,19 Prozent (d. h. 545,123 Millionen von insgesamt 890,907 Millionen Katholiken). Es ist auf Grund dieses Verlage-